

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Europäische Gemeinschaft - EG-China -
Lira-Abwertung - IWF-Kreditaufnahme - DGB**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1981) : Kurz kommentiert: Europäische Gemeinschaft - EG-China - Lira-Abwertung - IWF-Kreditaufnahme - DGB, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 61, Iss. 4, pp. 161-162

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135544>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

I Europäische Gemeinschaft

I Mangelnde Reife

Die wirtschaftlichen und außenpolitischen Herausforderungen der 80er Jahre erfordern eine handlungsfähige Gemeinschaft. In jüngster Zeit wird daher verstärkt das Ziel einer Europäischen Union mit dem Hinweis propagiert, die Zeit sei dazu nun reif.

Diese vor allem von deutscher Seite vorgebrachte Forderung überrascht angesichts des inneren Zustandes der EG: London beharrt weiter auf nationalen Vorrechten seiner Fischer und blockiert seit Jahren das Zustandekommen eines EG-Fischereiabkommens. Im Stahlbereich findet ein Subventionskrieg statt. Eine ähnliche Entwicklung bahnt sich im Textilbereich an. Unglaublich ist man in der Agrarpolitik geworden: Trotz der zuvor allseits bekundeten Notwendigkeit haben die Landwirtschaftsminister bei der jüngsten Agrarpreisverhandlung keinen substantiellen Einstieg in die Agrarreform gewollt. Von den im Preispaket vorgesehenen Kommissionsvorschlägen blieb kaum etwas. Deutlich ging man über die Preisvorschläge der Kommission hinaus, die damit weiterhin im großen Umfang für den Papierkorb arbeitet. Frankreich hat zudem mit seiner Entscheidung über direkte Einkommenstransfers an seine Bauern den Weg für eine stärkere Nationalisierung beschritten. Unglaublich machte sich auch das Europäische Parlament, das mit seinen Vorschlägen deutlich über den jetzt verabschiedeten Agrarpreisanhebungen lag. Den Vorjahreshaushalt hatte es noch global aufgrund der Notwendigkeit der Einschränkung der Agrarausgaben zugunsten anderer Bereiche zurückgewiesen.

Angesichts dieser Entwicklungen sind gegenwärtig erhebliche Zweifel an der EG-Reife für eine Politische Union angebracht. Sollen doch dieselben Regierungen hier Entscheidungen treffen, die über Detailfragen kleinlich streiten. kr

EG-China

Fortsetzung der Kontakte

Anfang April fand in Brüssel die Handelswoche EG-China statt. Auf chinesischer Seite nahmen mehr als 100 Wirtschaftsfachleute aus Kommissionen, Ministerien, Außenhandelsgesellschaften und von der Bank of China teil. Auf westlicher Seite waren unter anderem mehrere hundert Unternehmensrepräsentanten vertre-

ten. Für China ging es vor allem darum, die Exportmöglichkeiten auszuloten und das Exportprogramm besser auf die Bedürfnisse des EG-Marktes einzustellen. Westliche Vertreter wollten die Exportmöglichkeiten erkunden und Rechtsfragen im China-Handel klären.

Die Handelswoche ist eine Fortsetzung der Kontakte zwischen der EG und China, die vor allem durch das im Jahr 1978 geschlossene Handelsabkommen und durch die seither abgehaltenen Tagungen des gemischten Handelsausschusses im Juli 1979 in Peking und im November 1980 in Brüssel markiert sind. Sie wurde zu einer Zeit durchgeführt, in der sich wichtige westliche Handelspartner mit den Konsequenzen der chinesischen Stornierungen von Aufträgen in Milliardenhöhe auseinandersetzen mußten. Führende chinesische Wirtschaftsvertreter bemühten sich auf den Sitzungen, das etwas angeschlagene Bild als potenter Großabnehmer westlicher Technologien zu verbessern. Sie verwiesen in diesem Zusammenhang auf Chinas großes Entwicklungspotential, zu dessen Ausschöpfung nach wie vor umfangreiche Einfuhren moderner westlicher Anlagen – wenn auch zeitlich etwas gestreckt – für notwendig angesehen werden. Das ist als wichtiges Indiz dafür zu werten, daß sich an Chinas Interesse an einer zunehmenden Integration in die Weltwirtschaft nichts geändert hat. kl

Lira-Abwertung

Keine Orientierungshilfe vom EWS

Die italienische Regierung verkündete zu Beginn der letzten Märzwoche eine Abwertung der Lira im Rahmen des Europäischen Währungssystems (EWS) um 6 %, eine gleichzeitige Erhöhung des Diskontsatzes auf 19 % sowie der Mindestreserven von 15,75 auf 20 %. Zu derart einschneidenden Maßnahmen sah sie sich gezwungen, nachdem für Februar ein Rekorddefizit in der italienischen Zahlungsbilanz von umgerechnet 1,6 Mrd. Dollar bekanntgegeben worden war. Die Inflationsrate liegt in Italien zur Zeit bei über 21 %, die Arbeitslosenquote bei 7,9 %. Hinzu kommt, daß die Regierung kurz zuvor mit ihren Steuerplänen im Senat gescheitert war und beträchtliche Einnahmekürzungen hatte hinnehmen müssen.

Die Maßnahmen tragen also im Grundsatz der derzeitigen Wirtschaftslage in Italien Rechnung, wobei das Schwergewicht eindeutig auf der Bekämpfung der spektakulären Preissteigerungsraten liegt. Es bleibt jedoch zu fragen, ob das Ausmaß der Abwertung den Unterschieden in der Wirtschaftsentwicklung der am EWS

beteiligten Länder tatsächlich gerecht wird. Ein Vergleich der Inflationsraten, die z. B. momentan in der Bundesrepublik bei 5,5 %, in den Niederlanden bei 7 % und in Frankreich bei 13,3 % liegen, läßt daran Zweifel aufkommen. Hier zeigt sich eine grundlegende Schwäche des Europäischen Währungssystems, das den politischen Entscheidungsträgern für Paritätsänderungen keinerlei Maßstab oder Orientierungshilfe für das notwendige Ausmaß derartiger Änderungen vorgibt. Offen bleibt daher, ob dies für absehbare Zeit die letzte Kurskorrektur der Lira gewesen ist. re

IWF-Kreditaufnahme

Teure Mittel

Saudi-Arabien wird dem Internationalen Währungsfonds (IWF) 1981 und 1982 je rund 4,9 Mrd. Dollar als Darlehen zur Verfügung stellen. Den Saudis ist es dabei gelungen, dem IWF nicht unerhebliche Zugeständnisse abzurufen. Die Kredite werden eine durchschnittliche Laufzeit von 5 1/2 Jahren haben, und die Verzinsung wird dem gewichteten Durchschnitt der Marktsätze der fünf größten westlichen Industrieländer entsprechen. Zudem hat sich der Fonds erstmalig bereit erklärt, die Darlehen auf Antrag in marktmäßige Inhaberschuldverschreibungen umzuwandeln. Zusätzlich erhöhen sich die Quote und der Stimmenanteil Saudi-Arabiens im IWF.

Den Saudis kommt diese Kreditgewährung an den Fonds außerordentlich gelegen, da sie zunehmend Schwierigkeiten haben, ihre überschüssigen Mittel auf den internationalen Kapitalmärkten unterzubringen. Die Ursache hierfür ist in erster Linie darin zu sehen, daß die Leistungsbilanzdefizite der OECD-Länder voraussichtlich schon 1981 sinken werden, so daß sich hier ein geringerer Mittelbedarf ergibt. Diese Bedarfsminderung wird zwar durch die weiter steigenden Defizite der ölimportierenden Entwicklungsländer überkompensiert. Da die gegenwärtige Situation auf den internationalen Finanzmärkten jedoch durch eine stärkere Schuldnerauslese gekennzeichnet ist, ist vielen Entwicklungsländern mit hohem Finanzierungsbedarf der Kreditzugang versperrt. So ergibt sich ein höherer Bedarf an IWF-Mitteln bei den Entwicklungsländern und eine stärkere Bereitschaft der OPEC-Länder, Kredite an den IWF zu geben.

Wenngleich der IWF die Saudi-Darlehen im Vergleich zu einer Mittelaufnahme auf den internationalen Finanzmärkten teuer bezahlen muß, ergibt dies dennoch einen Sinn. Drängen die OPEC-Mittel verstärkt auf die internationalen Finanzmärkte, könnte die starke

Liquidisierung die notwendige Schuldnerauslese wieder gefährden. Nimmt der IWF aber Direktkredite von den OPEC-Ländern, „zwingt“ er die finanzschwachen Entwicklungsländer in den Fonds und erhält damit die Möglichkeit, notwendige Anpassungs- und Entwicklungsprozesse zu steuern und zu überwachen. ww

DGB

50-Mrd.-Sofortprogramm

Der DGB hat ein Sofortprogramm vorgelegt, dessen Kernforderung lautet, daß Bund, Länder und Gemeinden bis 1985 mindestens 50 Mrd. DM zusätzlich bereitstellen. Diese Mittel sollen vorrangig in die Zielbereiche Wohnungsbau, Energieversorgung, Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur sowie Umweltschutz gelenkt werden.

Wie läßt sich ein solches Investitionsprogramm angesichts des engen finanzpolitischen Handlungsspielraumes rechtfertigen? Auf Seiten des DGB wird darauf hingewiesen, daß die zusätzlichen Staatsausgaben positive Beschäftigungseffekte hervorrufen und sich damit über steigende Steuereinnahmen und sinkende Aufwendungen für Arbeitslose zumindest teilweise selbst finanzieren. Dabei werden positive Wirkungen des Programms auf die privaten Investitionen angenommen.

Die naheliegende Vermutung, es handle sich bei diesem Sofortprogramm um ein „klassisches“ Deficit-Spending zwecks Konjunkturbelebung, wird von den Initiatoren zurückgewiesen. Es gelte vielmehr, der in den 80er Jahren drohenden Massenarbeitslosigkeit durch qualitatives Wachstum und durch die Sicherung der Energieversorgung entgegenzuwirken. Der DGB zollt insoweit der herrschenden Meinung Tribut, nach der die wirtschaftspolitischen Probleme vorwiegend durch eine angebotsorientierte Politik zu überwinden seien, wie sie auch in der Tendenz von der Bundesregierung mit ihrem kürzlich verabschiedeten Programm zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Überwindung der Ölabhängigkeit praktiziert wird.

Gleichwohl tut man dem DGB sicherlich nicht Unrecht, wenn man ihm unterstellt, daß er Beschäftigungseffekte vor allem von zusätzlicher Nachfrage erwartet und weniger davon, wofür das Geld ausgegeben wird. Denn sieht man von den Maßnahmen zur Verminderung der Abhängigkeit vom Mineralöl ab, so ist nicht ohne weiteres einzusehen, warum Ausgaben für qualitatives Wachstum und soziale Dienste mehr Arbeitsplätze schaffen als andere staatliche oder eben private Ausgaben. whn